

A stylized world map composed of a grid of grey dots, with several dots highlighted in red to indicate specific geographical locations.

Ungarn und die Euro- und Finanzkrise

ZOLTAN FORKAS
Dezember 2011

- Die ökonomischen Verluste, die die ungarische Bevölkerung in der Krise erlitten hat, übertreffen die der westeuropäischen Länder um ein Vielfaches. Die Folgen tragen vor allem die sozial Schwachen: Größte Verlierer sind die Arbeitslosen. Die Arbeitslosenrate liegt heute mit rund elf Prozent auf hohem Niveau.
- Die Europäische Kommission wird von der Regierung Orbán als Hemmschuh dargestellt. Abkommen mit dem IWF und der EU, die die Vorgänger-Regierung abgeschlossen hatte, wurden nach der Wahl zunächst nicht fortgeführt. Das aktuelle wirtschaftspolitische Gebaren der Regierung ist geprägt von Nationalismus, Populismus, Etatismus und Protektionismus.
- Die ungarische Regierung lehnt im Moment eine Annäherung an die Währungsunion ab und will von einer fiskalischen Zusammenarbeit in der EU nichts wissen. Dies ist eine deutliche Änderung der früheren Europa-freundlichen Haltung Orbáns, der in der Opposition noch einen Euro-Beitritt für 2015 für möglich gehalten hatte.

Die Euro- und Finanzkrise aus Sicht der ungarischen Politik

Die Eurokrise und die Maßnahmen zur Rettung Griechenlands und des europäischen Bankensystems werden in der ungarischen Öffentlichkeit nur wenig diskutiert. Zum EU-Gipfeltreffen am 23. Oktober 2011 gaben sich die führenden Fernseh- und Hörfunksender mit Erklärungen von Ministerpräsident Viktor Orbán zufrieden. Darin zeichnete dieser das Bild einer auch die ungarische Wirtschaft bedrohenden Eurozone und eines Europas, das von schwerfälligen Gremien geführt wird und in dem Ungarn auf niemanden zählen kann, außer auf sich selbst.

Ungarn müsse sich vom Gedanken einer künftigen Mitgliedschaft in der Eurozone lösen bzw. befreien, so der Ministerpräsident. »Befreiung« ist die Losung nicht nur der aktuellen Regierungspolitik. Bereits im Februar 2011 war davon die Rede: In seiner Regierungserklärung hatte Orbán prophezeit, 2011 werde das Jahr der Reorganisation, 2012 das der Befreiung, 2013 das Jahr des Aufstiegs und 2014 das Jahr der Prosperität. Allerdings ist die Regierung bereits mit der Reorganisation und den Umstrukturierungen, die als Széll-Kálmán-Plan im Frühjahr 2011 mit dem Ziel der Haushaltskonsolidierung angekündigt worden waren, in Verzug. Für eine »Befreiung« gibt es in der Wirtschaftspolitik keinerlei Anhaltspunkte, zumal die Politik die Wirtschaft eher bremst als belebt.

Die Eurozone als Sündenbock

Am 24. Oktober 2011 übertrug das staatliche Fernsehen die Parlamentsdebatte, in der Ministerpräsident Orbán in seinem Bericht über den EU-Gipfel die »mutigen und neuen Lösungswege« rühmte, jedoch hinzufügte, dass man nichts darauf geben dürfe, was andere dazu sagen, »besonders diejenigen, die Europa und Ungarn in die Schuldenkrise getrieben haben«. Aus den Oppositionsparteien forderte der Wortführer der rechtsextremen JOBBIK den Austritt aus der »nicht mehr zu rettenden« Europäischen Union, während der Fraktionsvorsitzende der grün-alternativen Partei LMP (»Politik kann anders sein«) vorschlug, Ungarn solle die Initiative für einen neuen EU-Vertrag ergreifen und eine Vorreiterrolle bei der Regulierung des Finanzsystems übernehmen. Anders als die Regierung vertritt die LMP aber auch den Stand-

punkt, dass Ungarn sich nicht am negativen Steuerwettbewerb beteiligen sollte. Im Frühjahr war die ungarische Regierung, die zu jener Zeit den EU-Vorsitz innehatte, dem Euro-Plus-Pakt nicht beigetreten, weil sie eine Harmonisierung der Bemessungsgrundlage für die Körperschaftssteuer ablehnte und einen radikalen Steuerwettbewerb verkündet hatte.

Betrachtet man die Kräfteverhältnisse im Parlament, befürwortet nur knapp ein Fünftel der Abgeordneten eine Vertiefung der Zusammenarbeit in der EU. In der Parlamentsdebatte erklärte allein der frühere EU-Kommissar der Sozialisten, László Kovács, dass nicht weniger, sondern mehr Europa vonnöten sei, das heißt eine weitere Integration. Er stellte den Antrag, dass Ungarn sich ebenfalls dem Euro-Plus-Pakt anschließen solle. Die Regierung stellt die Eurozone als Sündenbock dar und macht sie für das Schwächeln der ungarischen Währung, des Forints, verantwortlich. Die Hauptschuld wird dabei den europäischen Banken gegeben, die erneut Geld benötigten. Die europäischen Entscheidungsprozesse seien zu langsam und mit dem europäischen Steuersystem könne Asien im globalen Wettbewerb nicht besiegt werden, erklärte Wirtschaftsminister György Matolcsy am 25. Oktober im Parlament

Die Finanzkrise nach der Lehman-Pleite: Auswirkungen auf Ungarn

Die globale Krise nach der Pleite von Lehman Brothers erreichte Ungarn am 9. Oktober 2008. Sie führte zum Börsenkrach, trocknete den Interbanken- und Staatsanleihenmarkt aus und schwächte den Forint, was die Zentralbank nur bremsen konnte, indem sie am 22. Oktober den Leitzins um drei Prozentpunkte anhob. Die sozialliberale Regierung unter Ferenc Gyurcsány bat den Internationalen Währungsfonds (IWF) und die Europäische Union um Hilfe. Knapp einen Monat später traf diese in Form eines 20MilliardenEuro-Kredits ein. Im Frühjahr 2009 geriet das Land erneut in eine Liquiditätskrise. Angesichts der abstürzenden Wirtschaftsleistung in den baltischen sowie mittel- und osteuropäischen Staaten, der sich verschlechternden Bankenportfolios und des wachsenden Bedarfs mehrerer Länder der Region an externen Finanzmitteln ergriffen die Anleger die Flucht und die Region geriet fast in den Zustand eines »sudden stop«. Einmal mehr schwächelte der Forint und verlor weitere

15 Prozent an Wert. Die Krise fegte die Regierung von Ferenc Gyurcsány hinweg, doch fanden die Ungarische Sozialistische Partei und der Bund Freier Demokraten in Gordon Bajnai einen qualifizierten Technokraten für das Krisenmanagement.

Bajnais Hauptaufgabe bestand darin, den Haushalt zu konsolidieren und das Vertrauen der Anleger zurückzugewinnen. Die Regierung musste sich auf einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um sechs bis sieben Prozent im Jahr 2009 einstellen. Dies durfte nicht zur sprunghaften Zunahme des Haushaltsdefizits führen, da die ungarische Staatsverschuldung bereits mehr als 60 Prozent des BIP ausmachte. Einschließlich des Privatsektors lagen die Bruttoschulden Ungarns bei weit über 100 Prozent des BIP. Wegen der enormen Verschuldung des staatlichen Sektors konnten keine automatischen Stabilisatoren zur Milderung der Krise eingesetzt werden und für stimulierende Instrumente waren keine öffentlichen Gelder vorhanden.

Um den Haushalt in den Griff zu bekommen, entschloss sich die Regierung zu einer radikalen Senkung der Staatsausgaben. Im öffentlichen Bereich wurden Löhne und Gehälter eingefroren, das 13. Monatsgehalt wurde gestrichen, ebenso wie die 13. Monatsrente (nominal ein Einkommensverlust von 7 Prozent für die Betroffenen). Die übliche Anhebung von Sozial- und Familienbeihilfen zum Inflationsausgleich blieb aus, und der Bezugszeitraum für Kinderbetreuungsgelder wurde von drei auf zwei Jahre verkürzt (mittlerweile von der Fidesz-Regierung wieder auf drei Jahre verlängert). Pro Familie war nur eine arbeitslose Person zu einer Lohnausgleichszahlung berechtigt. Auch das Krankengeld für Arbeitnehmer wurde gekürzt, Renten stiegen nur um die Inflationsrate, das Renteneintrittsalter wurde stufenweise von 62 auf 65 Jahre erhöht und man begann, die Empfänger von Vorruhestands- und Invalidenrenten sowie deren Rückführung auf den Arbeitsmarkt zu überprüfen.

Um soziale Spannungen und die Arbeitslosigkeit abzubauen, griff die Regierung aktiv in die Arbeitsmarktorganisation ein und brachte ein Gemeinwohlarbeitsprogramm zur Beschäftigung von mehr als 100.000 Menschen auf den Weg. Unternehmen, deren Absatzmärkte wegbrachen, empfahl sie, Arbeitskräfte zu halten, wenn nötig mit Kurzarbeit oder weniger Schichten, wofür der Staat Subventionen gewährte.

Für die Wirtschaftsförderung konnten wegen der enormen Schuldenlasten nur bescheidene Mittel aufgewendet werden. Zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit senkte die Regierung die Sozialversicherungsbeiträge für Löhne um fünf Prozent und verbilligte damit die Arbeitskraft. Um die dadurch verursachten Einbußen bei den Haushaltseinnahmen auszugleichen, erhöhte sie den Umsatzsteuersatz von 20 auf 25 Prozent und führte eine Vermögenssteuer ein, die das Verfassungsgericht jedoch mit der Begründung, dass die Steuerbemessungsgrundlage ungenau definiert sei, für hinfällig erklärte.

Das Programm war schmerzhaft, aber wirksam: Trotz des BIP-Rückgangs um 6,8 Prozent belief sich das Defizit im staatlichen Sektor 2009 nur auf 4,4 Prozent und die nominale Staatsverschuldung nahm in einem Jahr kaum zu. Diese Leistung honorierten auch die Anleger: Schon im Sommer 2009 kehrte der ungarische Staat auf den internationalen Anleihemarkt zurück, der Forint erholte sich und der Risikoaufschlag für ungarische Staatspapiere nahm wieder normale Werte an. Die verbleibende Tranche des Kredits von IWF und EU (ca. 6 Mrd. Euro) hinterließ die Regierung ihrer Nachfolgerin, die dieses Geld allerdings ihren fixen Ideen opferte.

Viktor Orbán und das Ende der »Mainstream«-Wirtschaftspolitik

In der Opposition hatte der Fidesz unter Viktor Orbán auf einen überwältigenden Wahlsieg gesetzt. Die Partei hatte das damalige Regierungsprogramm in jeder Hinsicht abgelehnt, die globale Krise bagatellisiert und der Regierung die Schuld für Krise und Rezession gegeben. Sie verurteilte die Vereinbarung mit IWF und EU, mit der die Gyurcsány-Regierung »das Land auf die Armenbank gesetzt« habe. Zudem beanstandete Fidesz, dass die ungarischen Banken mit Geldern aus dem IWF-Kredit gestärkt wurden. Statt des »Krisenmissmanagements« forderte die Partei mit Blick auf die europäische Praxis Programme zur Ankurbelung der Wirtschaft sowie Steuer- und Zinssenkungen. Fidesz-geführte Kommunen wurden gedrängt, sich zu verschulden, um Anreize für die Wirtschaft vor Ort zu schaffen. Gegen jede Sparmaßnahme wurde opponiert. Orbán erklärte, es sei durch nichts gerechtfertigt, dass das Defizit des Regierungsektors in Ungarn unter dem EU-Durchschnitt läge, der damals etwa sieben Prozent betrug. Er versprach eine

neue Vereinbarung mit dem IWF und seine Partei forderte vorgezogene Neuwahlen. Führende Fidesz-Politiker behaupteten, allein durch einen Regierungswechsel die Zinslasten der Staatsschulden halbieren zu können, weil der Risikoaufschlag nur wegen der unglaublichen ungarischen Regierungspolitik so hoch sei.

Diese Propaganda hatte Erfolg: Bei den Wahlen im April 2010 errang Fidesz eine Zweidrittel- und damit verfassungsgebende Mehrheit. Sofort wurde versucht, die Wirtschaft mit fiskalischen Lockerungen zu beleben. Viktor Orbán gelang es jedoch nicht, mit dem IWF eine neue Vorsorgekreditvereinbarung abzuschließen. Angesichts der wachsenden Risiken in Folge der Griechenlandkrise erwarteten Brüssel und auch der IWF von der ungarischen Regierung fiskalische Disziplin. Sie gaben Orbán zu verstehen, dass in Fortsetzung des Programms seines Vorgängers das Haushaltsdefizit 2011 auf unter drei Prozent zu drücken sei. Im Sommer 2010 überwarf sich der Ministerpräsident offen mit dem IWF und wenig später auch mit der Europäischen Kommission. Er ließ Milliarden von Euro, die im Rahmen des Programms noch hätten in Anspruch genommen werden können, verfallen und kündigte den Kampf um die finanzielle Unabhängigkeit Ungarns an. In der Folge schwächelte der Forint erneut und der Risikoaufschlag für die Staatsschulden schoss in die Höhe. Damit die Anleger Ungarn nicht endgültig abschrieben, versprach Orbán, die Defizitziele des IWF-EU-Kredits- und des Konvergenzprogramms auf jeden Fall zu erfüllen, verbat sich aber jede Einmischung von außen. Die Regierung drückte die geplanten Steuersenkungen durch, obwohl diese finanziell nicht abgedeckt waren. Da zuvor die Haushaltsausgaben nicht gekürzt worden waren, sah sie sich sehr schnell gezwungen, immer mehr Sondersteuern zu erheben und letztlich sogar das Vermögen privater Rentenkassen (zweiter Pfeiler des Rentensystems) zu verstaatlichen, um die Einnahmehinbußen auszugleichen.

Im Frühjahr 2011 verkündete die Regierung ein breit angelegtes Schuldensenkungsprogramm, das die Ausgaben für Beschäftigung, Bildung, Gesundheit, Verkehr, Kommunen und Renten traf, und brachte im Parlament einen Haushalt »zum Schutz des Landes« ein. Ungarn, so der Ministerpräsident, befinde »sich im Kampf gegen die Schulden«. Für diesen Kampf hält die Regierung alle Mittel in der Hand: die verfassungsgebende Kraft im Parlament, ein schwaches Staatsoberhaupt, das alle

Gesetze bedingungslos absegnet, einen Fidesz-treuen Obersten Staatsanwalt, ein Verfassungsgericht mit Fidesz-Mehrheit, das all seiner Kompetenzen in wirtschaftlichen Fragen beraubt wurde, einen Haushaltsbeirat mit Zweidrittelmehrheit der Regierungsparteien und fast ausschließlich Fidesz-geführte Gebietskörperschaften. Es gibt kein Gegengewicht mehr, höchstens Brüssel oder die institutionellen Anleger.

Die sozial Schwachen zahlen die Zeche der Krise

Die ökonomischen Verluste, die die ungarische Bevölkerung in der Krise erlitten hat, übertreffen die der westeuropäischen Länder um ein Vielfaches – obwohl die ungarische Wirtschaft den Tiefpunkt früher als erwartet überwunden hatte, was angesichts der schwachen Inlandsnachfrage und stagnierender Investitionen vor allem dem Export zu verdanken ist.

Die Folgen tragen vor allem die sozial Schwachen: Größte Verlierer sind die Arbeitslosen. Ihre Zahl ist um 150.000 auf 460.000 gestiegen und die Arbeitslosenrate liegt mit rund elf Prozent auf hohem Niveau. An zweiter Stelle sind die 1,3 Millionen Privathaushalte zu nennen, die sich in einer Fremdwährung – Euro oder Schweizer Franken – überschuldet haben. Durch Veränderungen des Wechselkurses sind die Tilgungsraten enorm gestiegen. Heute liegt der Anteil fauler Kredite bei über zehn Prozent und die Regierung hat eine entsprechende Gesetzgebung erlassen, die die Banken zwingen wird, die Rückzahlung von Fremdwährungskrediten zu festgelegten Wechselkursen – und die dadurch entstehenden Verluste – zu akzeptieren.

Sozialleistungen wurden gekürzt oder eingefroren und die Bezugsbedingungen immer weiter verschärft. Die Rentnerinnen und Rentner verloren ihren Bonus, die 13. Monatsrente. Vorruheständler sowie Invalidenrentner, die die Altersgrenze noch nicht erreicht haben, werden nun statt der gewohnten Bezüge bald Sozialhilfe erhalten. Den jungen Menschen wurden ihre Ersparnisse aus der obligatorischen privaten Rentenkasse genommen – im Gegenzug versprach ihnen der Staat, ihr gespartes Geld auf Namenskonten zu führen, was jedoch bisher nicht geschah. Arme, kinderreiche Familien haben empfindliche Einbußen hinnehmen müssen, weil das Kinder-

geld eingefroren und die Kinderbeihilfe teilweise in das Steuersystem eingebaut wurde. Besser gestellte Familien wurden dadurch praktisch von der persönlichen Einkommenssteuer befreit.

Seit nunmehr drei Jahren sind die Löhne und Gehälter der fast 700.000 Beschäftigten im öffentlichen Dienst nicht mehr gestiegen und eine 13. Monatsvergütung erhalten sie ebenfalls nicht. In der Privatwirtschaft mussten besonders diejenigen Beschäftigten Verdiensteinbußen hinnehmen, die 2009 zur Kurzarbeit gezwungen waren. Die durchschnittliche Kaufkraft der Einkommen von Vollzeitbeschäftigten hat dagegen in keinem der Krisenjahre an Wert verloren; dies ist jedoch nicht die Folge von Lohnerhöhungen, sondern von Steuersenkungen. Aufgrund von Steuerreformen haben sich die Einkommensunterschiede weiter erhöht: In der unteren Steuerklasse sind die Nominaleinkommen eher gesunken, in den höheren Einkommenskategorien teilweise sogar um zweistellige Werte gestiegen.

Die ungarische Regierung auf Distanz zur Eurozone und zu Europa

In der Opposition hatte Viktor Orbán noch vielfach Beispiele aus Europa als Vorbild zitiert. Unaufhörlich attackierte er die Vorgänger-Regierung, sie entferne sich von der Eurozone, erfülle kein einziges Maastricht-Kriterium und habe kein Datum für die Einführung der gemeinsamen Währung im Blick. Er schloss nicht aus, dass bei einem Sieg seiner Partei die Bedingungen für die Einführung der gemeinsamen Währung in der Legislaturperiode 2010–2014 geschaffen würden, hielt aber 2015 für wahrscheinlicher. Heute erklärt Orbán, dass ein Beitritt zur Eurozone in den nächsten zehn Jahren nicht möglich sein werde. Und immer weniger Stimmen widersprechen ihm.

Zum ersten Bruch in der Europa-Politik kam es im Sommer/Frühherbst 2010, als die Europäische Kommission die Pläne der Regierung Orbán, das Wirtschaftswachstum durch Steuersenkungen anzukurbeln, nicht billigte. Den zweiten Bruch bewirkten die Schuldenkrise und die Ungewissheit hinsichtlich deren Bewältigung durch Europa. Den dritten Bruch verursachte schließlich das Europäische Parlament, das die Augen nicht vor der Tatsache verschloss, dass die Regierung kraft ihrer Zweidrittel-

mehrheit jede politische, fachliche und gesellschaftliche Opposition beseitigte und die Verfassung nach eigenen ideologischen und politischen Präferenzen neu schrieb.

Das Gebaren der Regierung ist geprägt von Nationalismus, Populismus, Etatismus und Protektionismus. Die Europäische Kommission wird als Hemmschuh dargestellt, da sie die Abschaffung von wettbewerbsverzerrenden Sondersteuern verlangt, wie sie die ungarische Regierung etwa für die Telekommunikationsbranche verhängt hatte. Ausländische Supermarktketten wurden gezwungen, hauptsächlich in Ungarn erzeugte Lebensmittel anzubieten, und müssen auf ihren Umsatz eine Extrasteuer zahlen.

Im Energiebereich wird die Selbstversorgung angestrebt, wofür es keinerlei technologische Grundlage gibt. Zu einer Trennung von Erzeuger-, Verteiler- und Händlersystemen sowie zu einer Wettbewerbsbelebung auf dem Strom- und Gasmarkt ist die Regierung nicht bereit; eine zentrale Behörde legt Gas- und Stromtarife für Privatkunden fest. Offen erklärtes Ziel ist es, die Marktanteile von Geldinstituten in ungarischem Besitz zu stärken und auszubauen. Der Fidesz-Fraktionsvorsitzende János Lázár bat kürzlich im Parlament den Regierungschef, bei seinen Verhandlungen in der EU nicht bedingungslos die europäische Bankenkonsolidierung zu unterstützen und auch nicht eine europäische Steuerharmonisierung. Diese würde der ungarischen Wirtschaft »den Todesstoß versetzen« und Hunderttausende von Arbeitsplätzen gefährden.

Die jetzige ungarische Regierung lehnt de facto eine Annäherung an die Währungsunion ab und will von einer fiskalischen Zusammenarbeit nichts wissen. Wenn es aber um die Regulierung des Bankensystems geht, gibt sie sich als Vorkämpferin für die Trennung der Aktivitäten von Anleger- und Handelsbanken (was auch die grün-liberale LMP unterstützt). Vermutlich würde sie auch die Tobin-Steuer begrüßen, wenn von den Einnahmen etwas für sie abfiele. Was die ungarische Öffentlichkeit von all diesen Fragen hält, ist dagegen schwer einzuschätzen, da die Diskussion von regierungstreuen Medien dominiert wird.



Über den Autor

Zoltan Forkas ist Wirtschaftsjournalist beim ungarischen Wochenmagazin HVG.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Internationaler Dialog | Referat Mittel- und Osteuropa
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Ernst Hillebrand, Leiter Referat Mittel- und Osteuropa

Tel.: ++49-30-26935-6 | Fax: ++49-30-26935-9250
<http://www.fes.de/international/moe>

Bestellungen:
info.moe@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN 978-3-86872-993-1